



Letzte Aktualisierung: 27. März 2025



ANALYSE | Geopolitik

De-Risking: Weshalb deutsche Investitionen in China trotz allem um ein Viertel steigen



Internationale Konzernchefs beim China Development Forum in Peking – links Roland Busch, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG.

Trotz schlechter Stimmung bei Unternehmen sind europäische Investitionen in China im vergangenen Jahr auf knapp zehn Milliarden Euro gestiegen – erneut mit deutschen Konzernen als Wachstumstreiber. Zwischen Politik und Wirtschaft offenbart sich aufs Neue ein Grundwiderspruch im Verständnis von De-Risking.



Leonardo
Pape



Es wirkt paradox: Deutsche und andere europäische Unternehmen in China klagen in den vergangenen Jahren zunehmend über gestiegenen Konkurrenzdruck und weiterhin unfaire Wettbewerbsbedingungen. Doch ihr Kapitaleinsatz bleibt auf hohem Niveau. Der Trend setzte sich auch im vergangenen Jahr fort, mit deutschen Unternehmen an vorderster Front: 5,7 Milliarden Euro investierten allein sie 2024 neu in China, wie aus Zahlen des Thinktanks Rhodium Group hervorgeht, die *Table.Briefings* vorliegen.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die deutschen Investitionen in China um gut ein Viertel gestiegen. Sie machten mehr als die Hälfte der aus allen EU-Ländern investierten rund zehn Milliarden Euro aus. Die Zahlen erfassen abgeschlossene Investitionen, insbesondere solche mit einem Volumen von mehr als einer Million Euro. Da nicht alle Investitionssummen offengelegt werden, könnte die tatsächliche Summe noch höher sein. Haupttreiber der deutschen Investitionen in China sind laut Rhodium-Analyst Noah Barkin weiterhin die führenden Automobilhersteller.

Folgt man dagegen den Zwischenergebnissen der Koalitions-Arbeitsgruppen, wird sich auch die kommende Bundesregierung De-Risking auf die Fahnen schreiben. Um die eigene Resilienz zu stärken, müsse Deutschland einseitige wirtschaftliche Abhängigkeiten reduzieren. Doch konkrete Pläne, etwa Investitionen deutscher Unternehmen in China staatlich zu kontrollieren, sind nicht bekannt. Dazu dienen könnte ein neu zu schaffendes Investitionsprüfungsgesetz, das bereits intern in der Ampel-Koalition und von der Union in ihrem China-Positionspapier erwogen wurde. Auch auf europäischer Ebene gibt es ähnliche Überlegungen, die in vielen Mitgliedstaaten jedoch auf Widerstand stoßen dürften. Die Kommission mahnte EU-Unternehmen zuletzt zumindest zur Vorsicht vor Outbound-Investitionen in den strategischen Bereichen Halbleiter, künstliche Intelligenz und Quantentechnologie.

Die AHK China wirbt am Rande der Koalitionsverhandlungen ihrerseits für weiterhin intensive wirtschaftliche Beziehungen mit China. Oliver Oehms, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschen Handelskammer in Nordchina, traf sich am Mittwoch unter anderem mit Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums. Die AHK stelle sich auf eine Fortführung des strategischen Dreiklangs von China als Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale ein, so Oehms wenige Stunden später bei einer Veranstaltung des China-Netzwerks Baden-Württemberg (CNBW) in Berlin.

Oehms appelliert dafür, dass das partnerschaftliche Element „stärker und selbstbewusst“ betont wird. Mit Blick auf ein Prüfregime für Outbound-Investitionen nach China zeigt er sich kritisch: „Wir sollten vorsichtig damit sein, dass wir uns neue Prüfmechanismen in beide Richtungen ausdenken.“ Insgesamt gebe es mit politischen Partnern in Deutschland kontroverse Diskussionen, insbesondere bei der Frage, was De-Risking eigentlich bedeute.

Tatsächlich offenbart sich beim Thema De-Risking zwischen Politik und Wirtschaft ein Grundwiderspruch. Als handlungsleitend für deutsche Unternehmen in China erscheint das Bedürfnis, im Innovationsrennen mit chinesischen Firmen mithalten und das eigene Geschäft gegen transnationale Disruptionen in den Lieferbeziehungen abzuschirmen. Die Unternehmenswahrnehmung charakterisiert Oehms so: „Entweder wir committen uns komplett oder wir werden vom Wettbewerb überholt.“ Dabei gilt die Prämisse von De-Risking durch Lokalisierung, also mehr Investitionen in China. Entsprechend will die überwältigende Mehrheit der deutschen Akteure am Standort bleiben – laut des jüngsten Business Confidence Survey ganze 92 Prozent der AHK-Mitgliedsunternehmen in China.

In bundespolitischen Diskussionen zum De-Risking kommt dagegen immer stärker die geopolitische Dimension zum Vorschein. Auch Rhodium-Experte Barkin sieht in einer Eskalation in der Taiwanstraße oder im Südchinesischen Meer das eigentlich entscheidende Risiko für ausländische Unternehmen in China. Er mahnt an: „Selbst Spannungen, die nicht zu einem ausgewachsenen militärischen Konflikt führen, könnten Sanktionen auslösen, die für multinationale Unternehmen, die in China tätig sind, verheerende Folgen haben.“

Derlei Schreckensszenarien stehen nicht zuletzt im krassen Gegensatz zur chinesischen wirtschaftlichen Charmeoffensive der vergangenen Tage. Beim China Development Forum in Peking umgarnte Chinas Führung eine Phalanx westlicher Unternehmensführer, darunter BMW-Vorstandschef Oliver Zipse, Ola Källenius von Mercedes-Benz und Roland Busch von Siemens. Zipse versprach unmittelbar darauf bei einem Treffen mit Chinas Nationaler Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC), die Investitionen im Land weiter zu erhöhen. Die Avancen dürften nicht abreißen: Schon für den Freitagmorgen ist ein Treffen Xi Jinpings mit einer ausgewählten Gruppe ausländischer, auch deutscher Vorstandsvorsitzender geplant.



Mehr zum Thema

ANALYSE | Koalitionsverhandlungen

Schwarz-Rot: Das sind die Forschungspläne der AGs Gesundheit, Wirtschaft und Außen

Als Querschnittsthema spielt Wissenschaft und Forschung auch außerhalb der Forschungspolitik eine wichtige Rolle. Etwa in den Bereichen Gesundheit und Wirtschaft oder Außen- und Verteidigungspolitik. Wo sich in den Arbeitsgruppen der Koalitions-Verhandler F&E wiederfindet.

Von Tim Gabel



NEWS | Investitionen

Wirtschaftsforum: China setzt Charmeoffensive fort

Die chinesische Führung setzt ihre internationale wirtschaftliche Charmeoffensive auf dem Boao Forum in der Provinz Hainan fort. Anfang der Woche hatte Chinas Staatsführung bereits globale Unternehmenschefs zu einem zweitägigen Gipfeltreffen geladen.

Von Leonardo Pape



NEWS | Koalitionsverhandlungen

Union und SPD: „Sicherheit in Europa maßgeblich selbst gewährleisten“

„Erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges muss Deutschland und Europa in der Lage sein, die Sicherheit in Europa maßgeblich selbst zu gewährleisten“, heißt es im Entwurf der Arbeitsgruppe in den Koalitionsverhandlungen.

Von Till Hoppe

